Das Umweltministerium Baden-Württemberg erteilt dem

Wiederaufarbeitungsanlage,
Rückbau- und Entsorgungs-GmbH

folgenden

Bescheid Nr. E 06/2008

A. Tenor

Das Umweltministerium Baden-Württemberg erteilt der Wiederaufarbeitungsanlage, Rückbau- und Entsorgungs-GmbH die uneingeschränkte Freigabe für folgende Stoffströme:
- Metallschrott,
- Nichtmetalle,
- Beton,
- geschredderte Elektrokabel,
- Bauschutt,
- Bodenaushub,
- brennbare Abfälle,
- Schüttgüter aus homogenem Material,
- Flüssigkeiten und
- Mischungen aus den o.g. Stoffströmen

unter Beachtung der Nebenbestimmungen in Abschnitt B und der diesem Bescheid zu Grunde liegenden Unterlagen gemäß Abschnitt D.

Für die uneingeschränkt freizugebenden Materialen sind die Werte der spezifischen Aktivität der Anlage III Tabelle 1 Spalte 5 der Strahlenschutzverordnung einzuhalten und, sofern eine feste Oberfläche vorhanden ist, die Werte der Oberflächenkontami-
nation der Anlage III Tabelle 1 Spalte 4 der Strahlenschutzverordnung. Für das Verfahren zum Nachweis der Einhaltung der o.g. Freigabewerte gelten die Festlegungen der Anlage IV Teil A Nr. 1 und B der Strahlenschutzverordnung.

Für den uneingeschränkt freizugebenden Bauschutt und Bodenaushub sind die Werte der spezifischen Aktivität der Anlage III Tabelle 1 Spalte 6 der Strahlenschutzverordnung einzuhalten, soweit die zu erwartende Masse im Kalenderjahr mehr als 1000 Tonnen beträgt. Ansonsten sind die Werte der Anlage III Tabelle 1 Spalte 5 der Strahlenschutzverordnung heranzuziehen. Für das Verfahren zum Nachweis der Einhaltung der o.g. Freigabewerte gelten die Festlegungen der Anlage IV Teil A Nr. 1 und Teil F der Strahlenschutzverordnung.

Die Zulassung von größeren Mittelungsgrößen als den in Anlage IV der Strahlenschutzverordnung genannten erfolgt nach Vorlage und Prüfung entsprechender Unterlagen im Einzelfall.

Abweichend von § 70 Abs. 3 Satz 2 der Strahlenschutzverordnung kann die Buchführung bzgl. der spezifischen Aktivität auch in Form des Ausschöpfungsgrads des Freigabewerts in Verbindung mit dem jeweiligen Nuklidvektor erfolgen.

Radioaktive Stoffe, für die die Einhaltung der Freigabewerte messtechnisch nachgewiesen aber noch keine Feststellung der Übereinstimmung nach § 29 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung getroffen wurde, können in kontaminationsfreien Bereichen zwischengelagert werden, ohne dass hierfür eine strahlenschutzrechtliche Genehmigung für den Umgang erforderlich ist.

**B. Nebenbestimmungen**

Der Bescheid wird mit folgenden Auflagen verbunden:

1. Die Bestimmungen dieses Bescheids gelten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Zustimmung des Umweltministeriums zur Übernahme des jeweiligen Bereichs des Forschungszentrums Karlsruhe GmbH bekannt gegeben wird.
2. Vor jeder geplanten Abweichung von den Festlegungen der diesem Bescheid zu Grunde gelegten Antragsunterlagen ist das Umweltministerium und der vom Umweltministerium zugezogene Sachverständige rechtzeitig schriftlich zu informieren.


4. Für die Zulassung größerer Mittelungsgrößen sind im Rahmen der Chargenanmeldung insbesondere Angaben über
   - die Größe der von der Strahlenschutzverordnung abweichende Mittelungsgröße,
   - die relative Standardabweichung einschl. der messtechnischen Randbedingungen und des Stichprobenumfangs zur Ermittlung der relativen Standardabweichung sowie
   - die Art und die Ergebnisse der Stichprobenmessungen zur Ermittlung der relativen Standardabweichung zu machen.

Rahmen der Chargenanmeldung vorzulegen und nach Abschluss des Zulas-
ungsverfahrens der jeweiligen Chargendokumentation beizufügen.

6. Werden durch Instandhaltungs- oder Wartungsmaßnahmen die Grundeigen-
schaften nachfolgend genannter Messgeräte gegenüber dem Vorzustand ver-
ändert, so hat vor Wiederinbetriebnahme dieser Messgeräte eine Funktionsprü-
fung unter Beteiligung des Sachverständigen zu erfolgen. Unter diese Regelung
fallen Freimessanlagen bzw. -kammern und In-situ-Gammaspektrometrie-
Messgeräte.

7. Bevor uncollinierte Freimessungen mit dem In-situ-Gamma-Spektrometer
durchgeführt werden, ist eine Beschreibung der Vorgehensweise zu erstellen.
Die Beschreibung ist dem Umweltministerium und dem vom Umweltministerium
zugezogenen Sachverständigen zur Prüfung vorzulegen.

8. Vor Beginn der Freimessungen mit Hilfe der In-situ-Gamma-Spektrometrie sind
Formblätter zu erstellen, in denen alle qualitätsrelevanten Daten, die das Mess-
ergebnis der In-situ-Gamma-Spektrometriemessung beeinflussen können, ein-
getragen werden. Die Formblätter sind dem Umweltministerium und dem vom
Umweltministerium zugezogenen Sachverständigen zur Prüfung vorzulegen.

9. Bei der Durchführung der wiederkehrenden Prüfungen an den α-β-Aktivitäts-
messplätzen, die für Freimessungen eingesetzt werden, ist im Rahmen des in
Teil 6 der Messvorschrift beschriebenen Umfangs einmal jährlich der vom Um-
weltministerium zugezogene Sachverständige zu beteiligen. Die Termine sind
rechtzeitig mit dem Sachverständigen abzustimmen.

10. Wiederkehrende Prüfungen, bei denen die Beteiligung des vom Umweltministe-
rium zugezogenen Sachverständigen vorgesehen ist, dürfen nur nach vorher
erstellten und vom zugezogenen Sachverständigen geprüften Prüfanweisungen
durchgeführt werden. Die Ergebnisse der wiederkehrenden Prüfungen sowie
die aufgrund festgestellter Mängel eingeleiteten Maßnahmen sind zu dokumen-
tieren. Ergeben sich Erkenntnisse, die eine Änderung des Prüfumfangs, der
Prüffristen, der Prüfmethoden oder sonstiger Festlegungen erfordern, so sind
die betroffenen Prüfanweisungen entsprechend fortzuschreiben.


C. Kosten

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr von Euro 620,- festgesetzt.

Die Antragstellerin hat die Verfahrensauslagen, insbesondere die Auslagen für den zugezogenen Sachverständigen, zu erstatten.

D. Gründe


Als Entscheidungsgrundlagen liegen diesem Bescheid folgende Unterlagen zu Grunde:
- Strahlenschutzanweisung für die Freigabe nach § 29 StrlSchV, Stand: 11.11.2008 (WAK/8180/PA W391.007.8/--);
- Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Freigabe nach § 29 StrlSchV und zum Herausbringen von Gegenständen nach § 44 StrlSchV, Stand: 7.11.2008 (WAK/8180/GAW382.781.9/--);
- Formblatt zur Zulassung von Mittelungsgrößen, die von den Vorgaben der Anlage IV StrlSchV abweichen (WAK/8180/SA/W382.784.0/--);

2. Der Bescheid beruht auf § 29 StrlSchV. Danach erteilt die zuständige Behörde auf Antrag schriftlich die Freigabe, wenn für Einzelpersonen der Bevölkerung nur eine effektive Dosis im Bereich von 10 Mikrosievert im Kalenderjahr auftreten kann. Durch Festschreiben der Freigabewerte der Anlage III Tabelle 1 Spalte 4, 5 und 6 StrlSchV entsprechend § 29 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a) bis c) StrlSchV, geht das Umweltministerium davon aus, dass dies erfüllt ist.

3. Die Zulassung größerer Mittelungsgrößen erfolgt im Anforderungsfall verfahrensbegleitend. In Baden-Württemberg wurde für die Zulassung größerer als die in Anlage IV der Strahlenschutzverordnung genannten Mittelungsgrößen ein Kriterium festgelegt, bei dessen Einhaltung einschließlich der dabei zu berücksichtigenden Randbedingungen das de-minimis-Konzept auch weiterhin grundsätzlich gewährleistet ist. Da einzelne Randbedingungen erst im Rahmen des Verfahrensablauf bestimmt werden können (z.B. die Größe der Mittelungsfläche), wurden per Auflage entsprechende Festlegungen getroffen und Verfahrensschritte festgeschrieben, die u.a. die erforderlichen Verfahrensbeteiligungen und Haltepunkte regeln.

4. Nach § 114 StrlSchV kann die zuständige Behörde im Einzelfall gestatten, dass von den Vorschriften der §§ 34 bis 92 und 95 bis 104 StrlSchV abgewichen werden darf, wenn die Sicherheit durch die Abweichung nicht beeinträchtigt wird und der Strahlenschutz gewährleistet ist. Im vorliegenden Fall wurde gestattet, von den Buchführungspflichten nach § 70 Abs. 3 Satz 2 der Strahlenschutzverordnung bzgl. der spezifischen Aktivität abzweichen und die Buch-
führung auch in Form des Ausschöpfungsgrads des Freigabewerts in Verbin-
dung mit dem jeweiligen Nuklidvektor durchzuführen. Hierdurch wird die Buch-
führung übersichtlicher, die Sicherheit wird nicht beeinträchtigt und der Strah-
lenschutz ist weiterhin gewährleistet.

5. Es wurde gestattet, dass radioaktive Stoffe, für die die Einhaltung der Freiga-
bewerte messtechnisch nachgewiesen aber noch keine Feststellung der Über-
einstimmung nach § 29 Abs. 3 StrlSchV getroffen wurde, in kontaminationsfre-
en Bereichen zwischengelagert werden können, ohne dass hierfür eine strah-
lenschutzrechtliche (Umgangs-)Genehmigung erforderlich ist. Dies ist zweck-
mäßig und gerechtfertigt, da für die Entlassung aus der strahlenschutzrechtli-
chen Überwachung nur noch der formale Akt der Feststellung der Übereinstim-
mung im Sinne des Strahlenschutzes fehlt, der Nachweis der Einhaltung der
Freigabewerte messtechnisch aber schon erbracht wurde. Der Strahlenschutz
ist durch diese Vorgehensweise auch weiterhin gewährleistet.

6. Die Festsetzung der Auflagen in Abschnitt B beruht auf § 17 Abs. 1 Satz 2 AtG
und § 36 LVwVfG. Danach können Genehmigungen und Zulassungen mit Auf-
lagen verbunden werden. Im vorliegenden Fall sind die Auflagen zum Erreichen
der in § 1 AtG bezeichneten Zwecke, insbesondere dem Schutz von Leben,
Gesundheit und Sachgütern vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen
geeignet, erforderlich und verhältnismäßig.

7. Die Gebührenfestsetzung beruht auf den §§ 3, 4, 5, 7 und 12 Landesgebühren-
gesetz (L GebG) in Verbindung mit Ziffer 3.9 des Gebührenverzeichnisses (Ge-
bVerz UM).

E. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim
Verwaltungsgericht Karlsruhe, Schlossplatz 1, 76133 Karlsruhe erhoben werden.
F. Hinweise

1. Das Verfahren bzgl. der erforderlichen Zustimmung zu Änderungen von Unterlagen gemäß Auflage 1, Abschnitt B, wird vom Umweltministerium – soweit das landeseinheitliche Änderungsverfahren (LEÄV) nicht zur Anwendung kommt – im Einzelfall festgelegt.


gez. [Unterschrift]